



KOMMENTAR

JOURNALISMUS IN GEFAHR?

Es ist keine leichte Zeit, die der Journalismus derzeit erlebt.

Der amerikanische Präsident Donald Trump bezeichnete die Medien nicht nur einmal als „nicht vertrauenswürdig“. Er bezichtigt diejenigen, die nicht nach seinem Munde reden, der Falschmeldungen und bezeichnet sie als „Volksfeinde“ und „Lügenpresse“. Andererseits versucht er die Presse zu instrumentalisieren. Er lädt sie zu Gesprächen ein und formuliert, wie bei einem Hintergrundgespräch kürzlich im Weißen Haus, klare Spielregeln für die Berichterstattung. Renommiertere Medienhäuser hingegen, wie die „New York Times“ oder der Sender CNN, schließt er, je nach Laune, einfach von Pressegesprächen aus.

Das Wort „Lügenpresse“ ist in Deutschland seit dem Pegida-Aufkommen ebenfalls bekannt und verdeutlicht Misstrauen, ja Angst davor, von ihr und von der Regierung manipuliert zu werden. Dabei wird Politikern unterstellt, die Medien zu steuern. Die real existierende Pressefreiheit in unserem Land wird einfach negiert.

Angesichts der vielen Falschmeldungen – oder, wie man so schön sagt, der „alternativen Fakten“ oder „Fake-News“ – in den Social Media ist

dies schon recht beängstigend. Angesehenen Blättern und Rundfunk-Redaktionen wird nicht mehr geglaubt. Unsinn, der sich in Windeseile über Facebook und Co verbreitet, wird hingegen für bare Münze gehalten. Egal, ob es sich dabei um Verleumdungen handelt, wie bei dem Syrer Anas M., dessen Selfie mit der Kanzlerin in Facebook in falsche Zusammenhänge gestellt wurde, oder um die Grünen-Politikerin Renate Künast, der man ein falsches Zitat in Zusammenhang mit dem Mord an der Freiburger Studentin in den Mund legte.

Doch damit ist es leider nicht genug. Wir erleben ganz aktuell, was es bedeutet, die Pressefreiheit nicht nur zu missachten, sondern sie schlicht abzuschaffen. Das zeigt uns derzeit die türkische Regierung. Mehr als 150 Journalisten sind laut Kölner Stadt-Anzeiger vom 9. März 2017 in der Türkei inhaftiert. „Wer Erdogan kritisiert, wird sofort als Terrorist gebrandmarkt“, erklärte kürzlich Can Dündar, ehemaliger Chef-Redakteur der Cumhuriyet, bei einem Podiumsgespräch im Rahmen der lit.Cologne im März dieses Jahres. Das ist auch der Inhaftierungsgrund für den deutsch-türkischen Korrespondenten Deniz Yücel.

Gleichzeitig werfen Recep Tayyip Erdogan und seine Minister Deutschland „Nazi-Methoden“ vor, weil der Wahlkampf türkischer Politiker für die türkische Verfassungsreform in Deutschland umstritten ist und von einigen Kommunen untersagt wurde.

Meinungsfreiheit und Pressefreiheit sind in unserem Land nicht nur Wortgehülsen, sondern frei gelebte Bestandteile unseres demokratischen Lebens – ja, unseres Alltags. Und besonders für Journalisten sind sie Basis ihres Tuns. Es geht aber die Sorge um. Die Sorge um das Ansehen des Journalismus, die Sorge um die Pressefreiheit. Die Sorge, die Wahrheit echter Nachrichten in dem ganzen Wust an Unsinn in den sozialen Netzwerken nicht mehr erkennen zu können. Doch darin dürfen wir nicht verharren. Sobald Journalismus das tut, sind Falschmeldungen, Verleumdung und Einschnitt in die freie Meinungsäußerung Tür und Tor geöffnet. Meine Konsequenz heißt: Nicht den Kopf in den Sand stecken. Journalistinnen und Journalisten müssen nun umso mehr weitermachen und ehrlich, sehr gut recherchiert und mutig die Menschen mit Nachrichten versorgen. Das ist ihre, unsere Pflicht.

Beate Schneiderwind

Alle früheren Kommentare finden Sie im GKP-Internetauftritt unter: www.gkp.de/mitglieder/kommentare